

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschläger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|---|---|--|--|---|---|---|
| 1. | Die Rente muss Altersarmut verhindern | | | | | |
| Rente ist kein Almosen oder sozialpolitischer Gnadentat, sondern ein Rechtsanspruch. Rente ist auch der Lohn für die Lebensleistung. Die gesetzliche Rente muss Altersarmut in Ost und West verhindern. Deshalb muss sichergestellt werden, dass Menschen, die jahrzehntlang gearbeitet haben, im Alter eine Rente haben, die deutlich über dem Sozialhilfeniveau liegt. | | | | | | |
| 1-1 | Zuverlässige Rentenanpassungen durch Rückkehr zur dynamischen Rente. Streichung der Kürzungsfaktoren in der Rentenformel. Riesterfaktor, Nachhaltigkeitsfaktor und Nachholfaktor müssen weg. Nullrunden drei Jahre hintereinander dürfen nicht die Regel werden. | DIE LINKE befürwortet alle diese Forderungen. Die Rente muss an die sich ändernden Bedingungen (steigende Lebenshaltungskosten etc.) angepasst und sämtliche Kürzungsfaktoren gestrichen werden. | Die steigende Lebenserwartung stellt wegen der damit verbundenen längeren Rentenbezugsdauer eine große demografische Herausforderung für die gesetzliche Rentenversicherung dar. Diese Herausforderung lässt sich nur durch einen Paradigmenwechsel, also einen grundlegend neuen Ansatz bei der Gestaltung des Überganges von der Arbeit in die Rente bewerkstelligen. Ich möchte zu den einzelnen angefragten Punkten nichts sagen, weil es für mich darauf ankommt, eine generationengerechte Ausgestaltung der Alterssicherung zu erreichen. Dies hat viel mit den finanziellen Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft zu tun. | Keine dezidierten Antworten; nur Auszüge aus dem Wahlprogramm der „Bundes-Grünen“ | Keine Antworten | Keine Antworten |
| 1-2 | Wiedereinführung der Rente nach Mindesteinkommen für Beschäftigungszeiten mit niedrigen Löhnen. | Auch DIE LINKE möchte wieder eine Hochwertung niedriger Einkommen für die Rente. | Das Renten-Modell der FDP „Flexibler Eintritt in die Rente bei Wegfall der Zuverdienstgrenzen“ vollzieht den im Punkt 1-1 benannten Paradigmenwechsel. Danach soll für alle Versicherten ab 60 Jahren der Rentenzugang (in Voll- oder Teilrente) möglich sein, unter der Voraussetzung, dass die bis dahin erworbenen Ansprüche des Versicherten aus gesetzlicher Rente sowie betrieblicher und privater Altersvorsorge über Grundversicherungsniveau liegen. Die Grenzen für den Zuverdienst werden aufgehoben, so dass jeder selbst entscheiden kann, ob und in welchem Umfang er neben dem Rentenbezug noch erwerbstätig sein will. | | | |
| 1-3 | Höhere Rentenbeiträge für Arbeitslosengeld-II-Bezieher und Pflegepersonen. | Das unterstützen wir. Jedem Menschen müssen mindestens 800 Euro zur Verfügung stehen. | Siehe Punkte 1-1 und 1-2 | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschläger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|-----|--|---|--|---|---|---|
| 1-4 | Erleichterter Zugang zur Erwerbsminderungsrente für Menschen, die wegen Krankheit nicht bis 67 arbeiten können. Die Rentenabschläge bei dieser Rentenart müssen abgeschafft werden. | DIE LINKE unterstützt auch diese Forderung. Darüber hinaus wollen wir eine Abschaffung der Rente mit 67 und stattdessen flexible Ausstiegsmöglichkeiten vor dem 65. Lebensjahr. | Mit einem individuellen Zugangsfaktor wird berücksichtigt, wie lange ein Versicherter arbeitet. Für jedes Jahr längerer Arbeit, steigen der Faktor und damit die Rente um 3,6 Prozent, ab dem 65. Lebensjahr sogar um 6 Prozent. Zugleich wird die zunehmende Lebenserwartung für jede Alterskohorte, also für jeden Geburtsjahrgang, im Rentenwert berücksichtigt. Dadurch erreichen wir Generationengerechtigkeit und eine gerechte Verteilung der Lasten zwischen den verschiedenen Jahrgängen. Eine flankierende Reform des Arbeitsmarktes ist parallel notwendig, damit alle die länger arbeiten wollen, dies auch können. | | | |
| 1-5 | Keine volle Anrechnung der Riesterrente auf die Grundsicherung im Alter. Wer privat vorsorgt, darf nicht benachteiligt werden. | Zu allererst möchten wir das Rentenniveau generell verbessern und die Grundsicherung auf mindestens 800 Euro anheben. | Natürlich nicht. Siehe meine vorherigen Antworten. | | | |
| 1-6 | Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns, der angemessene Rentenanwartschaften ermöglicht. Mit Hungerlöhnen lässt sich keine Altersvorsorge aufbauen. | DIE LINKE möchte ebenfalls einen gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohn einführen, der im Laufe der Wahlperiode auf zehn Euro steigen soll. Es gilt das Prinzip: Gute Arbeit. Gute Löhne. Gute Rente | Die FDP ist gegen Mindestlöhne. Gesetzliche Mindestlöhne führen zu einer Verdrängung von Arbeitsplätzen, insbesondere im gering qualifizierten Bereich. Konsequenz ist die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland und die Abwanderung in die Schwarzarbeit. Schon ist der deutsche Arbeitsmarkt nicht flexibel genug. Dies wird durch Mindestlöhne jeder Art weiter zunehmen. Zudem führen Mindestlöhne zu bürokratischem Mehraufwand und verringern die Chancen Langzeitarbeitloser auf einen ihrer Produktivität entsprechend bezahlten Arbeitsplatz. Das konterkariert die Ziele von Hartz IV. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschläger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|--|-------------------|--|--|---|---|---|
|--|-------------------|--|--|---|---|---|

2. Gesundheit muss für alle bezahlbar bleiben

Gesundheit darf nicht noch stärker vom Geldbeutel des Patienten abhängig werden. Rentner und chronisch Kranke sind die Leidtragenden der Gesundheitsreform 2004. Insbesondere die hohen Zuzahlungen bei Medikamenten und Hilfsmitteln überfordern viele. Der 2009 eingeführte Gesundheitsfonds hat die Situation weiter verschlechtert: Höhere Beiträge, drohender Zusatzbeitrag und Leistungseinschränkungen durch die Krankenkassen gefährden die gute Versorgung. Gründe genug für den VdK, den Gesundheitsfonds abzulehnen.

| | | | | | | |
|-----|--|---|---|--|--|--|
| 2-1 | <p>Das Solidaritätsprinzip „Junge für Alte“ und „Gesunde für Kranke“ muss in auch Zukunft gelten. Allen Bestrebungen, die gesetzliche Krankenversicherung abzuschaffen und das gesamte Gesundheitswesen zu privatisieren, erteilen wir deshalb eine klare Absage.</p> | <p>DIE LINKE sieht dies genauso und möchte deshalb eine solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung, welche alle Menschen und Berufsgruppen sowie Einkommensarten bei der Einzahlung einbezieht.</p> | <p>Das angesprochene Solidaritätsprinzip kann wegen der demografischen Entwicklung der Gesellschaft gar nicht durchgehalten werden. Bei immer weniger Beitragszahlern und immer mehr Leistungsempfängern ist das Gesundheitswesen vordergründig nur noch durch radikale Leistungskürzungen oder aber durch steigende Beiträge zu finanzieren.</p> <p>Aus meiner Sicht gibt es nur den Weg, mutig das Gesundheitssystem umzubauen, um langfristig eine gerechte und preiswerte Versorgung aller Bürger herzustellen.</p> <p>Die FDP möchte ein unbürokratisches, transparentes und leistungsfähiges Gesundheitssystem. Wir fordern den privaten Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle. Alle Krankenkassen sollen zu privaten Krankenversicherungen werden, die im Wettbewerb um die beste Versorgung, die günstigsten Verwaltungskosten und die innovativsten Tarife konkurrieren. Jede Krankenversicherung muss einen Pauschaltarif anbieten. Der sichert Regelleistungen ab und darf weder nach Geschlecht, Alter oder Krankheitsrisiko differenzieren.</p> <p>Ein neues System grundsätzlich privater Krankenversicherungen steht darüber hinaus für Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit. Es baut Altersrückstellungen auf, mit denen auch die zukünftig steigenden Kosten gedeckt werden können.</p> | | | |
|-----|--|---|---|--|--|--|

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschläger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|-----|---|---|---|---|---|---|
| 2-2 | Der Streit um das Einkommen von Ärzten darf nicht auf dem Rücken der Patienten ausgetragen werden. Für „Ärzte-Streiks“ und Behandlung der Patienten nur gegen Vorkasse hat der VdK keinerlei Verständnis. | Ärzte haben den Auftrag die medizinische Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und haben zu diesem Zweck Verträge mit den Krankenkassen abgeschlossen. Wer nicht behandelt oder dies nur gegen Vorkasse tut, verstößt gegen diese Verträge. Es darf nicht sein, dass nur, wer Geld in der Tasche hat, medizinisch versorgt wird. | Ich auch nicht. | | | |
| 2-3 | Die gesetzlichen Krankenkassen sollen Abstand nehmen von Leistungseinschränkungen, insbesondere auf den Gebieten Rehabilitation und Krankengeld. Auch die Verunsicherung der Patienten bei der Versorgung mit Medikamenten und Hilfsmitteln muss ein Ende haben. | DIE LINKE setzt sich für das Sachleistungsprinzip ein, welches allen den erforderlichen Zugang zur notwendigen gesundheitlichen Versorgung ermöglicht und die Patienteninteressen in den Mittelpunkt stellt. | Alle Krankenkassen sollen mit dem Geld der Versicherten wirtschaftlich umgehen. Pauschale Nachforderungen oder Zusatzzahlungen dürfen nicht sein. | | | |
| 2-4 | Vorbeugen ist besser als Heilen. Prävention muss deswegen einen höheren Stellenwert bekommen. Wir brauchen ein Präventionsgesetz. Aufgebaut werden muss auch die geriatrische (altersheilkundliche) Rehabilitation, um der Pflegebedürftigkeit vorzubeugen. | Auch DIE LINKE setzt sich für die Schaffung eines Präventionsgesetzes und die Stärkung von Gesundheitsförderung ein. | Vorbeugen ist besser als Heilen. Sehr einverstanden. Aber brauchen wir dafür gleich ein Gesetz? Das können Versicherte mit ihren Versicherungen auch selber regeln. Die Rahmenbedingungen stellt der Staat mit einem vernünftigen Gesundheitssystem, wie es die FDP fordert. Wichtig ist doch, dass wir eine klare Aufteilung der Aufgaben- und Finanzverantwortung zwischen Bund, Ländern und Kommunen sowie den Krankenkassen und den gesundheitspolitischen Leistungsträgern, den Ärzten, den Zahnärzten oder den Psychotherapeuten schaffen. | | | |
| 2-5 | Keine volle Anrechnung der Riesterrente auf die Grundversicherung im Alter. Wer privat vorsorgt, darf nicht benachteiligt werden. | Siehe 1-5 | Ich teile diese Meinung. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|-----|---|--|---|---|---|---|
| 2-6 | Abschaffung des Sonderbeitrags in der gesetzlichen Krankenversicherung in Höhe von 0,9 Prozent. Dieser wird ausschließlich von Arbeitnehmern und Rentnern ohne Beteiligung der Arbeitgeber aufgebracht. Da mit Hilfe des Sonderbeitrags auch das Krankengeld finanziert wird, zahlen die Rentner seit 2005 für eine Leistung, die sie nicht in Anspruch nehmen können. | DIE LINKE möchte ebenfalls eine Streichung des Sonderbeitrags. Die Parität zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern für Gesundheitsausgaben soll wiederhergestellt und Zuzahlungen abgeschafft werden. | Siehe Antwort zu 2-1 | | | |
| 2-7 | Absenkung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel von 19 auf 7 Prozent. Damit können Krankenkassen und Versicherte um 2 bis 3 Milliarden Euro entlastet werden. In fast allen europäischen Ländern gibt es bereits ermäßigte Steuersätze für Medikamente. Hier muss Deutschland endlich nachziehen. | Auch DIE LINKE will den reduzierten Mehrwertsteuersatz von 7 Prozent u.a. auf Arzneimittel ausweiten. | Die FDP fordert genau dies. | | | |
| 2-8 | Gesetze in die Praxis umsetzen. Auch wenn es auf dem Papier eine Reihe von Verbesserungen gibt, sind sie immer noch nicht bei den Kranken und Pflegebedürftigen angekommen. | DIE LINKE ist für ein demokratisches und am Bedarf der Bevölkerung ausgerichtetes Gesundheitssystem. Der Staat hat die Aufgabe, das Grundrecht aller Bürgerinnen und Bürger auf gesundheitliche Daseinsvorsorge zu garantieren: Alle Menschen sollen einen sozial gerechten, solidarisch finanzierten und barrierefreien Zugang zu den Leistungen der medizinischen Vorsorge, Versorgung und Nachsorge sowie zu Pflegeleistungen erhalten. Die gesetzlichen Vorgaben sollen weiterhin im Rahmen der Selbstverwaltung umgesetzt werden. | Diese Meinung teile ich generell. Wir müssen aber auch regelmäßig die erlassenen Gesetze überprüfen, um zu sehen, ob sie ihr Ziel erreichen. Gesetze, die sich als überflüssig erweisen, sollen gestrichen werden. Das gilt natürlich für alle politischen Bereiche. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|--|-------------------|--|--|---|---|---|
|--|-------------------|--|--|---|---|---|

| | | | | | | |
|---|---|--|--|--|--|--|
| 3. | Wir brauchen eine menschenwürdige Pflege | | | | | |
| Im Grundgesetz steht: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Dies gilt auch für schwerkranke und pflegebedürftige Menschen. | | | | | | |

| | | | | | | |
|-----|---|---|---|--|--|--|
| 3-1 | Höhere Leistungen für Demenz-Erkrankte durch einen neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff: Weg von der nach Minuten berechneten „Satt-und-sauber-Pflege“ hin zu einer teilhabeorientierten Pflege, die auch dem tatsächlichen Betreuungs- und Beaufsichtigungsbedarf von Demenz-Patienten entspricht. | Der Betreuungsaufwand für demenzielle Erkrankungen wurde in der Pflegereform 2008 nicht ausreichend anerkannt. Dieser Umstand muss geändert und allen Demenzerkrankten ein Leben in Würde und Selbstbestimmung ermöglicht werden. | Den Forderungen stimme ich prinzipiell zu – leider sind sie im heutigen Gesundheitssystem nicht zu finanzieren. Die Zahl der Pflegebedürftigen wird sich bis 2050 wahrscheinlich verdreifachen, die Zahl der jungen Beitragszahler sinkt bis dahin um etwa ein Drittel. Ohne grundlegende Reform bedeutet das für die im Umlageverfahren organisierte gesetzliche Pflegeversicherung (GPV) erhebliche Beitragssatzsteigerungen und empfindliche Leistungskürzungen. Zukunfts- und generationengerecht ausgestaltet lässt sich die GPV nur durch einen gleitenden Übergang aus dem Umlagesystem in eine kapitalgedeckte und prämiensfinanzierte Versicherung, verbunden mit dem Aufbau von eigentumsrechtlich geschützten Altersrückstellungen. Um negative Auswirkungen auf Wachstum und Beschäftigung bei steigenden Beiträgen zu verhindern, muss die einkommensabhängige Finanzierung durch eine Finanzierung über einkommensunabhängige Prämien abgelöst werden. | | | |
| 3-2 | Einbeziehung der privaten Pflegeversicherung in den Solidarausgleich zur Finanzierung zusätzlicher Leistungen. | DIE LINKE hält einen Finanzausgleich zwischen der privaten und der sozialen Pflegeversicherung für notwendig. | Siehe Antwort zu 3-1 | | | |
| 3-3 | Stärkere beratende Unterstützung und praktische Hilfen für pflegende Angehörige. | Dies ist unbedingt nötig. Familienangehörige und Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren müssen generell besser unterstützt werden. | Siehe Antwort zu 3-4. Außerdem denke ich, dass drei Punkte nötig sind, um die Forderung umsetzen zu können: 1. die Stärkung der Selbstbestimmung und Eigenverantwortung der Pflegebedürftigen; 2. der Abbau von Bürokratie; 3. eine verbesserte Transparenz über die Qualität der Pflege | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|-----|---|---|--|---|---|---|
| 3-4 | Pflegeheime und ambulante Pflegedienste müssen einer stärkeren öffentlichen Kontrolle unterliegen, um Missstände schneller ausräumen zu können und gute Einrichtungen und Angebote zu stärken. | <p>Für eine verbesserte Versorgung ist es nach Ansicht der LINKEN erforderlich, dass die Prüf- und Qualitätsberichte von Medizinischem Dienst (MDK) und Heimaufsicht allgemeinverständlich veröffentlicht werden. Zugleich befürworten wir, dass Kontrollen grundsätzlich unangemeldet stattfinden. Die Qualität in der Pflege hängt aber ganz entscheidend auch von einer ausreichenden Ausstattung mit qualifiziertem Personal ab. Wir brauchen dringend mehr gut ausgebildete Pflegekräfte, deren Arbeit besser entlohnt werden muss. Nur so kann eine qualitativ hochwertige Versorgung gewährleistet werden.</p> | <p>Die FDP fordert das Messen pflegedienstlicher Leistungen nach bundeseinheitlichen Kriterien, die sich an der Ergebnisqualität und damit an den Bedürfnissen der Menschen orientieren sollen. Pflegebedürftige können dann besser eine Einrichtung nach Qualitätsmerkmalen auswählen. Die Prüfberichte des Medizinischen Dienstes der Krankenkassen sind noch zu wenig an der Ergebnisqualität orientiert.</p> | | | |
| 3-5 | Aufwertung des Berufs „Altenpfleger/in“, insbesondere durch bessere Ausbildung und Bezahlung. | <p>DIE LINKE möchte ebenfalls eine Aufwertung pflegender Berufe. Dazu gehören die Einführung eines Mindestlohns, eine höhere gesellschaftliche Würdigung, eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowie Qualifizierungsmöglichkeiten.</p> | <p>Diesen Wunsch habe ich auch.</p> | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|--|-------------------|--|--|---|---|---|
|--|-------------------|--|--|---|---|---|

4. Menschen mit Behinderung brauchen Chancengleichheit und Barrierefreiheit

Die Behindertenrechtskonvention der Vereinten Nationen ist seit dem 26. März 2009 für Deutschland verbindlich. Das Übereinkommen fordert, behinderten Menschen eine selbstbestimmte und diskriminierungsfreie Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.

| | | | | | | |
|-----|---|---|--|--|--|--|
| 4-1 | Barrierefreiheit in allen öffentlich zugänglichen Bereichen (zum Beispiel Straßen, Gehwege, Bahnhöfe, Züge, Schulen, Universitäten, Ämter, Gaststätten, Kinos, Theater, Museen). Im Rahmen der Konjunkturpakete geförderte Baumaßnahmen sollten nach den Richtlinien für barrierefreies Bauen und Wohnen erfolgen. | Barrierefreiheit muss unbedingt an allen öffentlichen Plätzen geschaffen werden und Baumaßnahmen, Verkehr, der Kommunikationsbereich generell unter dem Aspekt der Barrierefreiheit geplant werden. | Diese Forderung unterstütze ich. | | | |
| 4-2 | Mehr Beschäftigungsmöglichkeiten für schwerbehinderte Arbeitnehmer. Wenn 30.000 Betriebe in Deutschland keinen einzigen Schwerbehinderten beschäftigen, darf die Politik nicht tatenlos zusehen. | DIE LINKE setzt sich für dauerhafte Arbeitsplätze sowie eine Beschäftigungs- und Ausbildungssicherung für Menschen mit Behinderungen ein. | Wir benötigen neben beruflichen Fördermaßnahmen eine konsequente Vorhaltung von Rehabilitationsinfrastrukturen und den Ausbau spezieller Beschäftigungsgesellschaften. Soweit Menschen mit Behinderung erwerbsfähig sind, sollen sie in den allgemeinen Arbeitsmarkt integriert werden. Hier sehe ich vor allem die Integrationsfachdienste in der Pflicht, ihre Personalstrukturen so zu qualifizieren, dass sie ihre Instrumente zur beruflichen Eingliederung voll ausschöpfen. Ich denke, dass auch eine Verlagerung der Aufgaben der Bundesagentur für Arbeit auf die Kommunen, so wie die FDP dies fordert, positiv wirkt. Denn in städtischer Verantwortung können Kontakte viel schneller und gezielter aufgebaut und gepflegt werden als über die Bundesanstalt für Arbeit, die die FDP abschaffen will. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|-----|---|---|--|---|---|---|
| 4-3 | Kinder mit Behinderung gehören in die Regelschule, der Besuch einer Förderschule sollte die zu begründende Ausnahme sein. Der gemeinsame Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern erhöht die Ausbildungs- und Berufschancen der Kinder mit Behinderung, erweitert den Horizont und steigert die Sozialkompetenz der Nichtbehinderten. | In anderen europäischen Ländern ist es längst Alltag, dass Kinder ohne und mit Behinderung gemeinsam lernen und aufwachsen. Auch in Deutschland sollte Integration und Inklusion in der Schule gelebt, gemeinsame Bildung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen mit und ohne Behinderung in allen Entwicklungsphasen möglich sein. | Dem stimme ich zu. | | | |
| 4-4 | Die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen muss aus der Sozialhilfe herausgelöst und in ein Bundesleistungsgesetz überführt werden. Die Leistungen müssen sich am individuellen Bedarf orientieren. | Wir wollen ein Nachteilsausgleichsgesetz, welches ermöglicht, behinderungsbedingte Nachteile (z. B. spezielle Hilfsmittel, notwendige Assistenz für ein selbstbestimmtes Leben oder behindertengerechter Wohnungsbau) ohne Einkommens-, Vermögens- bzw. Bedürftigkeitsprüfung auszugleichen und somit Chancengerechtigkeit schaffen | Zu dieser Forderung kann ich mich mangels Detailwissen nicht äußern. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|--|-------------------|--|--|---|---|---|
|--|-------------------|--|--|---|---|---|

| | | | | | | |
|---|---|--|--|--|--|--|
| 5. | Armut in allen Altersgruppen muss nachhaltig bekämpft werden | | | | | |
| Wachsende Armut ist ein Armutszeugnis für ein reiches Land wie Deutschland. Drei Millionen Rentner und 2,5 Millionen Kinder sind von Armut bedroht. | | | | | | |

| | | | | | | |
|-----|--|--|---|--|--|--|
| 5-1 | Eine Anhebung der Regelsätze bei Arbeitslosengeld II, Sozialgeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 351 auf mindestens 435 Euro. | DIE LINKE möchte eine Anhebung der Regelsätze auf 500 Euro im Laufe der Wahlperiode. | Die FDP fordert einen Systemwechsel bei den Sozialleistungen jeder Art: die Einführung eines Bürgergeld, das Steuer- und Sozialsystem koppelt. Dabei zahlen Bürger mit höherem Einkommen Steuern an das Finanzamt und Bürger mit kleinem oder gar keinem Einkommen erhalten das Bürgergeld als negative Einkommenssteuer ausbezahlt. Das spart Verwaltungskosten und schafft Transparenz in unserem Sozialsystem, das leider zunehmend weniger für die Bedürftigen und mehr für die Findigen da ist. Höhere Hinzuverdienstgrenzen erzeugen Beschäftigungsanreize und ebnen so Wege aus der Bedürftigkeit hinein in reguläre Beschäftigung. | | | |
| 5-2 | Die Festlegung eines höheren bedarfsgerechten Regelsatzes für Kinder, die in Hartz-IV-Haushalten leben. Kinder bis 14 Jahre müssen mehr als nur 60 oder 70 Prozent (ab 1. Juli) des Erwachsenen-Regelsatzes bekommen. | Wir möchten sofort eine deutliche Anhebung des Regelsatzes für Kinder und Jugendliche sowie einen eigenständigen Mindestsicherungsanspruch für Kinder unter Berücksichtigung von eigenem Einkommen und Unterhaltsansprüchen einführen. | Derzeit existieren 138 verschiedene Sozialleistungen, die von 45 verschiedenen staatlichen Stellen verwaltet werden. Ziel des Bürgergelds ist es, möglichst alle steuerfinanzierten Sozialleistungen in einem Universaltransfer zusammenzufassen. Dazu gehören sowohl die Grundsicherung, die Sozialhilfe (ohne Sozialhilfe in besonderen Lebenslagen), das Wohngeld, das Arbeitslosengeld II und das BAföG, als auch die mit dem liberalen Reformkonzept für die Kranken- und Pflegeversicherung verbundene steuerfinanzierte Unterstützungsleistung für Kinder und für Personen mit unzureichendem Einkommen. Dieser Universaltransfer wird als Bürgergeld mit dem Steuersystem und dem Kindergeld zu einem Steuer-Transfer-System aus einem Guß verbunden. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschläger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|-----|---|--|--|---|---|---|
| | | | <p>Der überwiegende Teil aller finanziellen Beziehungen zwischen Bürger und Staat und der soziale Ausgleich zwischen Leistungsstarken und Bedürftigen finden zukünftig nach einfachen, transparenten Regeln im Steuersystem statt.</p> <p>Das Bürgergeld wird auf der Grundlage folgender Leistungsbedarfe ermittelt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Pauschale zur Sicherung des Lebensunterhalts (Ernährung, Kleidung und Hausrat), - Pauschale für Unterkunft und Heizung (differenziert nach den örtlichen Gegebenheiten), - Pauschalen zu den Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung, - Pauschale für Nachteilsausgleich bei Nichterwerbsfähigkeit und/oder Schwangerschaft, - Pauschale für Mehrbedarfe bei Ausbildung und bei speziellen, häufig vorkommenden Behinderungen und Erkrankungen. <p>Grundlage für die Berechnung des Bürgergeldes bilden alle Erwachsenen und Kinder in der so genannten Bedarfsgemeinschaft. Zur Bedarfsgemeinschaft rechnen alle in einem Haushalt zusammenlebenden Personen.</p> | | | |
| 5-3 | Ein kostenloses Mittagessen für Kinder in jeder Ganztagschule oder – einrichtung. | DIE LINKE befürwortet das Einrichten gebührenfreier Essen in Kitas und Schulen. | Die Forderung unterstütze ich, suche jedoch noch nach der möglichen Finanzierung. | | | |
| 5-4 | Die Wiedereinführung von so genannten Einmalleistungen für Bedürftige. Der Ersatz eines kaputten Herdes oder Kühlschranks kann nicht mit dem laufenden monatlichen Hartz-IV-Regelsatz finanziert werden. | Nachweisbare Sonderbedarfe sollen für BezieherInnen von ALG II zusätzlich übernommen werden. | Beim liberalen Bürgergeld (s. Punkt 5-1) ist die Problematik berücksichtigt. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|-----|---|--|--|---|---|---|
| 5-5 | <p>Die Einsetzung von Armutsbeauftragten und die Veröffentlichung regelmäßiger Armutsberichte in Bund und Ländern, Armutsbekämpfung und –vermeidung ist eine Querschnittsaufgabe, derer sich Sozialpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Gesundheits- und Bildungspolitik gleichermaßen annehmen müssen. Hier könnten Armutsbeauftragte die notwendige Koordinierungsarbeit leisten.</p> | <p>Eine fachlich unabhängige Berichterstattung zur Armut beinhaltet wichtige Erkenntnisse, die zur Bekämpfung von Armut verwendet werden können. Für DIE LINKE ist wichtig, dass endlich wirksame Maßnahmen und Instrumente zur Bekämpfung von Armut eingesetzt werden wie ein gesetzlicher Mindestlohn und eine Mindestsicherung. Das Einsetzen eines Armutsbeauftragten wäre zu erwägen.</p> | <p>Diese Forderung teile ich nicht.</p> | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschläger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|--|-------------------|--|--|---|---|---|
|--|-------------------|--|--|---|---|---|

6. Wie kann das alles finanziert werden?
 Angesichts der dreistelligen Milliardenbeträge, die der Staat und damit der Steuerzahler als Bürgschaften und Finanzhilfen für bankrotte Geldinstitute bereithalten, brauchen wir für die Bürgerinnen und Bürger mehr Steuergerechtigkeit.

| | | | | | | |
|-----|--|---|--|--|--|--|
| 6-1 | Eine rigorose Bekämpfung der Steuerflucht ins Ausland. Wer sein Geld am deutschen Finanzamt vorbei nach Liechtenstein, in die Schweiz oder andere Steueroasen schleust, muss stärker verfolgt und härter bestraft werden. | DIE LINKE fordert in Ihrem Wahlprogramm: Steueroasen müssen ausgetrocknet und Leerverkäufe, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Hedgefonds und Private-Equity-Gesellschaften sollen verboten werden. Spekulationen müssen auf europäischer Ebene eingedämmt werden. | Die FDP tritt für ein generelles Umsteuern ein: Wir fordern ein neues Steuersystem, das niedrig, einfach und gerecht sein soll. Dies ist nicht nur finanzierbar, sondern wird dafür sorgen, dass sich „Steuerflucht“ weitaus weniger rechnet als bisher. Außerdem kann mit einer grundlegenden Strukturreform die Schwarzarbeit bekämpft werden, was Milliarden von Euro in die Sozialkassen zurückholen wird. | | | |
| 6-2 | Die Wiedereinführung der bis 1991 geltenden Börsenumsatzsteuer. Dies würde jährlich zweistellige Milliardensummen bringen. | Auch DIE LINKE fordert die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer. | Diese Forderung teile ich nicht und verweise auf die FDP-Forderung nach einer Steuerstrukturreform. | | | |
| 6-3 | Die Wiedereinführung der Vermögensteuer für Einkommensmillionäre. | Auch diese Forderungen teilen wir. Wir wollen eine Millio-närsteuer, die jeden Euro über einer Million mit fünf Prozent besteuert. | Diese Forderung teile ich nicht und verweise auf die FDP-Forderung nach einer Steuerstrukturreform. | | | |
| 6-4 | Höherer Spitzensteuersatz für Spitzenverdiener. Vor zehn Jahren betrug der Spitzensteuersatz noch 53 Prozent, heute liegt er bei 42 Prozent. Ein Wert um die 47 Prozent ist angemessen. | DIE LINKE setzt sich ebenfalls für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes ein. Wir möchten ihn wieder auf 53 Prozent anheben ab 70.000 Euro. | Wer bestimmt, welcher Steuersatz „angemessen“ ist? Nach welchen Kriterien? Ich darf darauf verweisen, dass Arbeitnehmer heutzutage den Spitzensteuersatz bereits zahlen müssen, wenn sie das 1,4fache des Durchschnittslohnes verdienen. In den 60er Jahren lag dieser Faktor bei dem 14fachen. | | | |
| 6-5 | Steuerentlastungen für die Bürger mit niedrigen und mittleren Einkommen. Die "kalte Progression", die Lohnerhöhungen auffrisst, muss beseitigt werden. | Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen müssen entlastet werden, damit die Binnennachfrage wieder steigt. Die „kalte Progression“ möchten wir durch einen linearen Tarifverlauf eindämmen. | Eine Steuerentlastung soll alle Menschen in Deutschland erreichen. Dies geht nur mit einem neuen Steuersystem. Das FDP-Modell beinhaltet einen Stufentarif mit Grundfreibetrag (Steuersatz 0 Prozent) und den drei weiteren Stufen von 10, 25 und 35 Prozent. | | | |

| | Forderung des VdK | Meinung von Bernhard Clasen (DIE LINKE) | Meinung von Jans Joachim Stockschräger (FDP) | Meinung von Dr. Gerd Brenner (B90/Die Grünen) | Meinung von Dr. Günter Krings (CDU) | Meinung von Hermann-Josef Krichel- Mäurer (SPD) |
|--|-------------------|--|---|---|---|---|
| | | | <p>Eine vierköpfige Familie kommt beim FDP-Modell auf ein steuerfreies Einkommen von fast 41.000 Euro.</p> <p>Die „kalte Progression“ entfällt in unserem Modell, weil es stufig aufgebaut ist. Für Einkommen oberhalb des Grundfreibetrages gilt für die ersten 20.000 Euro zu versteuerndem Einkommen ein Steuersatz von 10 Prozent, für Einkommen zwischen 20.000 und 50.000 Euro ein Satz von 25 %, darüber ein Satz von 35 %.</p> <p>Beispiel: Zu versteuerndes Einkommen: 52.000 Euro Es wird gerechnet: Für die ersten 20.000 Euro sind 10 % zu zahlen (2000 €) Für das Einkommen zwischen 20.000 und 50.000 Euro sind 25 % zu zahlen (macht von 30.000 € 7.500 € Steuern) Für das Einkommen zwischen 50.000 und hier 52.000 Euro sind 35 % zu zahlen (macht von 2000 € 700 €)</p> <p>Die Gesamtbelastung beträgt bei diesem Beispiel 10.200 Euro.</p> | | | |